23

Die Weimarer Republik 1919-2019

Karsten Matthis

Königswinterer Notizen

23

Die Weimarer Republik 1919-2019

Karsten Matthis

Königswinterer Notizen

Impressum

Königswinterer Notizen, Nr. 23, Februar 2018
Herausgeber: Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (CSP)
Karl Schiewerling, Vorsitzender
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
Redaktion: Karsten Matthis, Josef Zolk
Lektorat: Julia Beier
Tel. 02223-73119; E-Mail info@azk.de
Internet: www.azk.de
Produktion: TiPP 4, Rheinbach
Die Ausgaben der Königswinterer Notizen erscheinen
in unregelmäßigen Abständen.

Vorwort des CSP-Stiftungsvorsitzenden Karl Schiewerling

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich begrüße Sie herzlich zu einer neuen Ausgabe der Königswinterer Notizen.

Nur 14 Jahre hatte die Weimarer Republik Bestand. In dieser kurzen Zeit wurde die junge Republik, die erste deutsche Demokratie auf dem deutschen Boden, erbittert von ihren Feinden von links und rechts bekämpft. Die einen wollten eine Räterepublik nach sowjetischem Vorbild. Die anderen einen autoritären Führerstaat, der fatalerweise 1933 bis 1945 Wirklichkeit werden sollte.

Diese 14 Jahre Demokratie waren von sozialen Fortschritten, jedoch auch von schweren politischen Differenzen und gravierenden wirtschaftlichen Krisen geprägt. Der Versailler Vertrag und Weltwirtschaftskrisen waren eine zu große Belastung für die erste deutsche Demokratie.

Die gesammelten Erfahrungen der ersten Republik und eine nüchterne Analyse der Gründe, warum die Demokratie von Weimar im Januar 1933 scheiterte, können uns helfen, Herausforderungen und Probleme für unsere heutige Demokratie besser zu verstehen. Das bevorstehende Gedächtnisjahr 1919-2019, 100 Jahre Weimarer Republik, gibt Anlass über diese 14 Jahre nachzudenken.

Aktuell stimmt jedoch ebenfalls nachdenklich, wie schwierig sich die Regierungsbildung nach der letzten Bundestagswahl in Berlin gestaltet. Dies erinnert schon an die komplizierten Verhandlungen für die Bildung einer Reichsregierung in der Weimarer Republik.

Was ist übriggeblieben von dieser ersten deutschen Demokratie? Es sind viele positive Aspekte:

Das Frauenwahlrecht, die Mitbestimmung in Wirtschaft und Öffentlicher Verwaltung, die Grundlagen einer Arbeitsgerichtsbarkeit, die Trennung zwischen Staat und Kirche mit der Folge, dass die Kirchen ihre Organisationsfreiheit gewannen. Viele christlich-soziale Politiker haben an den sozialen Reformen der Weimarer Zeit, an den Grundzügen eines Sozialstaates, mitgewirkt. Diese gehörten vor allem der Zentrumspartei und den Christlichen Gewerkschaften an.

1:1 hat die junge Bundesrepublik Deutschland die drei Staatssymbole der Weimarer Republik übernommen: Die Flagge Schwarz-Rot-Gold, die dritte Strophe der Nationalhymne und den Bundesadler.

In den kommenden Monaten laden Sie die Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. und unser Johannes-Albers-Bildungsforum ein, sich auf die Spurensuche nach der ersten deutschen Republik zu begeben.

Ihnen wünsche ich eine anregende Lektüre!

Mit kollegialen Grüßen

Karl Schiewerling
Vorsitzender der Stiftung CSP Königswinter, Februar 2018

Einführung

Die überforderte und letztlich gescheiterte Republik von Weimar

Im zeithistorischen Gedächtnis vieler Deutscher ist die Weimarer Republik mit einem schweren Makel behaftet: Die erste deutsche Republik endete mit der Diktatur Hitlers und der Nationalsozialisten, welche für den 2. Weltkrieg, den Holocaust und zahllose andere Verbrechen stehen. Sie gilt als gescheiterte Republik aufgrund verschiedener Konstruktionsfehler in ihrer Verfassung und der Zerstrittenheit der Demokraten sowie der Gewerkschaften und Kirchen. Letztendlich habe die erste Republik den Weg für den NS-Staat geebnet. So erscheint vielen die erste deutsche Republik als ein bloßes Vorspiel zu Hitlers barbarischer Diktatur.

Zu Recht sprechen viele Historiker von einer gescheiterten und gestressten Republik von Weimar. Sie billigen aber der ersten Demokratie zu, dass sie denkbar schlechte Startbedingungen hatte: Der demütigende Vertrag von Versailles, die schlechte wirtschaftliche Weltlage und eine Klassengesellschaft, die nicht nur sozial zerrissen war, sondern auch religiös und politisch.

Viele positive Aspekte der ersten deutschen Republik sind in Vergessenheit geraten. Die Verfassung von 1919 enthielt viele Impulse, die bis in die Bundesrepublik Deutschland reichen: Das uneingeschränkte Frauenwahlrecht, die Einführung der Mitbestimmung in Wirtschaft und Verwaltung sowie eine Organisationsfreiheit der Kirchen als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Artikel 140 der Weimarer Reichsverfassung, der diesen eine Unabhängigkeit vom Staat garantiert. So könnte man die Verfassung von Weimar als modern bezeichnen. Sie enthielt allerdings mit der starken Stellung des Reichspräsidenten und dem Artikel 48 schwerwiegende Webfehler.

Ebenso sind verschiedene Aufbrüche in der Weimarer Republik in der Kultur, Literatur, Wissenschaft und Pädagogik in Vergessenheit geraten. Jene Aufbrüche und Reformen wurden von den Nazis brutal unterdrückt und gestoppt.

In den letzten Jahren haben sich die Stiftung Christlich-Soziale Politik (CSP) und ihr Johannes-Albers-Bildungsforum im Rahmen von Seminar-

programmen an den Originalschauplätzen intensiv mit der Weimarer Republik befasst. Im Weimarer Stadtmuseum sind viele Zeugnisse dieser Phase deutscher Geschichte zu sehen. Neben verschiedenen Originalzeugnissen finden sich die ersten Filmaufnahmen aus dieser Zeit. Das Nationaltheater, Schauplatz des demokratischen Anfangs, erinnert an die Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten und die Annahme der Verfassung. Nicht nur in Weimar gehen viele Straßennamen auf Politiker der ersten Republik zurück.

In Heidelberg erinnert das Geburtshaus an diesen ersten demokratischen Präsidenten Deutschlands, Friedrich Ebert. Im Rahmen eines zeithistorischen Seminars wurde die Gedenkstätte 2016 besucht. Nicht zuletzt in Königswinter haben wir bei Seminaren und Veranstaltungen der Weimarer Republik gedacht und auf verschiedene christlich-soziale Politiker wie Erzberger, Stegerwald, Brauns oder Albers Bezug genommen. In Bad Honnef-Rhöndorf, im Wohnhaus Konrad Adenauers und in der Dauerausstellung, finden sich viele weitere Zeugnisse aus der Ära der Weimarer Republik. Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer gehörte zu den Zentrumspolitikern, die nach NS-Diktatur und 2. Weltkrieg eine Brücke zur zweiten deutschen Republik schlagen sollten. In Königswinter fanden seit den 1920er Jahren im Haus der Christlichen Gewerkschaften, später Adam Stegerwald-Haus, Schulungen für Betriebsräte statt. So lassen sich Spuren der Weimarer Republik nahe unserem heutigen Bildungshaus finden.

Die Hamburger Historikerin, Frau Professorin Dr. Ursula Büttner, stellte ihre große Monographie „Die überforderte Republik“ in der Reihe des Abendforums vor.[1] In dieser Monographie ist es der Historikerin gelungen, nicht nur das Scheitern der ersten deutschen Republik zu spiegeln, sondern auch die sozialen und gesellschaftlichen Fortschritte der Jahre zwischen 1919 und 1933 zu würdigen. Ihre These ist, dass die erste deutsche Republik nicht in der NS-Diktatur vom 30. Januar 1933 hätte münden müssen.

Die Ausgabe der Königswinterer Notizen zur Geschichte der Weimarer Republik versteht sich als Handreichung für das Gedenkjahr 2019. Es erkundet die Anknüpfungspunkte für die Bonner Republik, welche sich im Grundgesetz oder in der Sozialpolitik zeigen. Es verschweigt natürlich nicht

1 Vgl. Büttner, Republik. Ausführliche Literaturangaben sind dem Verzeichnis am Ende dieses Heftes zu entnehmen.

das Scheitern dieser überforderten Republik. Die 23. Ausgabe der Königswinterer Notizen sucht die Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik und fragt nach ihrer bleibenden Aktualität.

Reichsverfassung mit Fortschritten und fatalen Schwächen

Die Weimarer Verfassung bzw. die Reichsverfassung wurde federführend vom liberalen Berliner Staatsrechtler Hugo Preuß (1873-1946) konzipiert, die am 31. Juli 1919 in Weimar von der Nationalversammlung beschlossen wurde. Diese Verfassung ist als eine enorme juristische und staatspolitische Leistung zu würdigen. Ihre Väter hatten die Reichsverfassung ohne die Vorlage anderer Verfassungen zu schreiben, denn die Staaten um das Deutsche Reich herum konnten keine Vorbildfunktion abgeben. Das Vereinigte Königreich, die Niederlande und die Skandinavischen Länder waren Monarchien. Der „Erzfeind" Frankreich hatte eine zentralistische Verfassung. Das neue Deutschland sollte eine freiheitliche Republik mit einem föderativen Staatsaufbau werden. So entstand in relativ kurzer Zeit eine föderative Verfassung mit einer Mischform aus präsidialem und parlamentarischem Regierungssystem. Dem Reichspräsidenten wurde eine starke Stellung zugebilligt. Dieser hatte die Reichsregierung zu ernennen, konnte den Reichstag auflösen und besaß den Oberbefehl über die Reichswehr. In die Weimarer Verfassung wurde ein moderner Grundrechtskatalog aufgenommen, der neben freiheitlichen Rechten für alle Bürger auch Grundzüge eines Sozialstaates trug. Erstmals in der deutschen Geschichte hatten Frauen sowohl das passive als auch das aktive Wahlrecht.

Für die Arbeiter brachte die Weimarer Verfassung enorme soziale Fortschritte, denn diese sah eine Mitbestimmung durch Arbeiter- und Wirtschaftsräte vor und erstmalig auch ein Recht auf Bildung. Alle Deutschen über 20 Jahre waren wahlberechtigt. Der Reichstag wurde auf vier Jahre, der Reichspräsident auf sieben Jahre direkt vom Volk gewählt. Ebert wurde im Februar 1919 im Nationaltheater zu Weimar zum ersten Reichspräsidenten bestimmt.

Als fatal sollte sich aber in der Krise zu Beginn der 1930er Jahre der Artikel 48 der Reichverfassung erweisen, der verschiedene Notverordnungen vorsah, wie die Einsetzung von Präsidialkabinetten. Dieser Artikel 48,

missbraucht von einem Anti-Demokraten wie Paul von Hindenburg, bedeutete das Einfallstor zur Entmachtung des Reichstages.

Die Gesellschaft in der Republik von Weimar

Die Republik von Weimar war eine Klassengesellschaft. Neben einer schmalen Oberschicht existierte eine breite Unterschicht aus Industriearbeitern in den Fabriken und Landarbeitern in den agrarisch geprägten Ländern des Deutschen Reiches, welche ein bescheidenes Dasein führten. Sozialwissenschaftliche Studien[2] gehen davon aus, dass über 70% Arbeiter, Angestellte, Hausangestellte und Landarbeiter waren, rd. 25% gehörten dem Mittelstand an, und etwa 5% machte die damalige Oberschicht aus, die sich aus Großindustriellen und Großgrundbesitzern sowie hohen Beamten bildete. So könnte zu Beginn der Republik kaum von einem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum gesprochen werden.

Die Weimarer Gesellschaft befand sich in einem Übergang mit einer nur langsamen Verbürgerlichung in den ärmeren Schichten, die von einem wirtschaftlichen Aufschwung in den 1920er Jahren profitierten. In der Frühzeit der Weimarer Republik litten die ärmeren Schichten unter der fortschreitenden Geldentwertung. Die extrem hohen Reparationsverpflichtungen belasteten den Staat so sehr, dass an den Aufbau eines entwickelten Sozialstaats nicht zu denken war. Insbesondere in den Armutsvierteln der großen Städte traten Krankheiten wie Skorbut, Tuberkulose, und Lungenentzündungen auf, die epidemieartige Ausmaße annahmen. Gustav Böß (1873-1946), Oberbürgermeister von Berlin, wird mit dem Satz zitiert: „Was früher schon als größte Not erschien, gilt heute noch als erträglich.“[3]

Der 1. Weltkrieg hatte 2,5 Mio. Tote allein im Deutschen Reich gefordert. Rd. 0,5 Mio. Männer waren zum Teil schwer kriegsverletzt und traumatisiert. Schätzungen gehen von 194 Mrd. Goldmark an Kriegskosten für das Reich aus. Viele Bürger hatten Kriegsanleihen gezeichnet und durch die hohe Inflation ihr Vermögen verloren. Erhebliche Gebietsabtretungen über Elsaß-Lothringen führten zu geringeren Anbauflächen für die Landwirtschaft. So hatte die erste Republik denkbar schlechte Startbedingungen.

Eine Mittelschicht existierte in den Städten mit Beamten, Kaufleuten und Selbstständigen. Häufig arbeiteten Familienmitglieder in Kleinbetrie-

2 Vgl. Mai, Republik, 72-74.
3 Böß, Not, 13.

ben mit. Obwohl der Adel politisch entmachtet war, gaben in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Adelige noch immer den Takt an, so in höheren Laufbahnen der Beamtenschaft wie in der Justiz oder im Auswärtigen Dienst. In der Reichswehr, die nach dem Versailler Vertrag auf eine Truppe von 100.000 Mann beschränkt war, befanden sich in höheren Rängen weiterhin viele Adelige.

Das Realeinkommen der Bevölkerung im Reich schwankte und hing von der jeweiligen industriellen Entwicklung des Landes ab. Die 18 Länder des Deutschen Reiches waren bereits vor Ausbruch des 1. Weltkrieges wirtschaftlich ungleich entwickelt gewesen. Besonders in Gebieten Ostelbiens wie in Pommern, Mecklenburg und Ostpreußen prägten Großgrundbesitzer die Gesellschaft und verhinderten gesellschaftliche Fortschritte.

Der Beginn der Weimarer Republik war unter den Arbeitern mit der Hoffnung auf mehr soziale Leistungen verbunden. Die Reichsverfassung sah neben dem Wahlrecht für Frauen auch die Einrichtung von Betriebsräten und Personalräten vor, die eine Mitbestimmung der Arbeiter in Unternehmen und im Öffentlichen Dienst ermöglichten. Die Gewerkschaften, vor allem die sozialdemokratischen und christlichen Kräfte, forderten steigende Reallöhne, verbesserte Sozialleistungen, einen Achtstundentag und Tarifabschlüsse. Vieles davon konnte durch den langjährigen Arbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum) erreicht werden. Durch die Kriegsfolgen wie Hyperinflation, Geldverlust und die Vernichtung von Vermögenswerten wurden diese Erfolge überdeckt, zumal sich die soziale Situation der Arbeiterschaft Anfang der 1930er Jahre wieder extrem verschlechterte.

Nur wenige junge Menschen, überwiegend Männer, hatten die Chance, einen Universitätsabschluss zu erwerben. In der frühen Weimarer Republik studierten im Wintersemester 1919/ 20 an wissenschaftlichen Hochschulen 115.336 Studenten, davon nur 8.335, also 7%, Studentinnen.[4] So konnte nur wenigen nach 1919 ein sozialer Aufstieg gelingen, die aus der Unterschicht stammten.

---

4 Petzina, Arbeitsbuch, 169f.

Die Parteien

Die Parteien, insbesondere die bürgerlichen Gruppierungen, waren bereits zu Beginn der Weimarer Republik zersplittert. Sie zeigten die Konturen der Parteien auf, welche sich bereits in der Kaiserzeit gebildet hatten. So gingen SPD und Zentrum fast unverändert in ihren Profilen und ihrer Programmatik in die Republik. Die bürgerlichen Parteien mussten sich noch finden und gingen schlecht vorbereitet in die ersten Reichstagswahlen. So waren DDP, DVP und DNVP Neugründungen.

Die Wählerstimmen der liberal-bürgerlichen Parteien, welche die Weimarer Verfassung unterstützten, schmolzen in der Endphase der Republik immer weiter zusammen. Wie im Kaiserreich waren die liberalen Parteien in eine nationalliberale und eine linksliberale Gruppierung gespalten. Die **Deutsche Volkspartei (DVP**) gab sich nationalliberal und bejahte zum einen die neue Reichsverfassung, ohne dabei zum anderen auf eine Wiederherstellung der Monarchie zu verzichten. Die Partei repräsentierte das mittelständische Bürgertum, aber auch industrielle Kreise. Die Deutsche Volkspartei (DVP) erlebte vor allem unter Gustav Stresemann, der die Ämter des Reichskanzlers und des Außenministers bekleidete, eine Blüte.

Die **Deutsche Demokratische Partei (DDP**) orientierte sich an einer linksliberalen Programmatik und knüpfte an die Tradition der Fortschrittspartei in der Kaiserzeit an. Die Deutsche Demokratische Partei war zu einer Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft und der SPD bereit. Ihr prominenter Vorsitzender Friedrich Naumann hatte sich besonders für die republikanische Verfassung und das Mehrheitswahlrecht stark gemacht. Die DDP stellte verschiedene Minister und besaß einflussreiche Persönlichkeiten wie Otto Geßler (Verteidigungsminister), Hugo Preuß (Innenminister) oder Walter Rathenau (Außenminister) in der Reichsregierung.

Beide liberalen Parteien stützten die parlamentarische Demokratie und die Weimarer Republik. Jedoch fehlte ihnen eine breite organisatorische Basis, um bürgerliche Wähler zu binden. Die DDP, später in Deutsche Staatspartei umbenannt, und DVP waren eher Honoratioren- als Mitgliederparteien. Von Wahl zu Wahl verloren die liberalen Parteien Stimmen an die rechtsgerichteten Gruppierungen.

Die **Zentrumspartei** sah sich als konfessionelle Partei für die Katholiken im Reich. Sie nahm die Interessen der römisch-katholischen Kirche wahr und war durch den Kulturkampf der Bismarck-Ära geprägt. Sie ver-

wendete sich für eine katholische Bekenntnisschule sowie die Organisationsfreiheit katholischer Vereine und Einrichtungen. Das Zentrum war insbesondere in mehrheitlich katholisch geprägten Gebieten des Reiches wie im Rheinland, Münster- und Emsland stark vertreten. Die Partei wollte eine sozialistische Republik verhindern und war deshalb zum Eintritt in eine Reichsregierung ab 1919 bereit. Neben einem christlich-sozialen Flügel gab es starke konservative Kräfte, welche sich Anfang der 1930er Jahre einer Kooperation mit den Nationalsozialisten nicht verschlossen. Bis 1932 war das Zentrum an allen Reichsregierungen beteiligt und stellte einige Kanzler der Weimarer Republik.

Die **Bayerische Volkspartei (BVP)** beschränkte sich auf Bayern und war eine Abspaltung der Zentrumspartei. Eine Öffnung des Zentrums und der BVP für evangelische Christen im Sinne einer Volkspartei konnte sich nicht durchsetzen. Die BVP achtete auf einen Föderalismus im Reich und die Rechte Bayerns. Fatal war ihre Entscheidung, sich nicht für den Zentrumskandidaten Marx einzusetzen, sondern für Hindenburg als Reichspräsidenten im Jahr 1925 zu werben.

Zu der Weimarer Koalition zählte neben den Liberalen und dem Zentrum die **SPD**, welche die sozialdemokratische Arbeiterschaft repräsentierte. Die SPD stellte mit Friedrich Ebert den ersten Reichspräsidenten und verschiedene Reichskanzler. Sie war in der Weimarer Koalition die stärkste demokratische Kraft und fand mit dem Zentrum in der Sozialpolitik Schnittmengen. Bei den Freiheits- und Bürgerrechten ergaben sich eher mit der DDP Gemeinsamkeiten.

Die schwarz-rot-goldene Koalition (Weimarer Koalition) konnte bei der ersten Reichstagswahl auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung setzen. Die ersten Reichstagswahlen am 19. Januar 1919 garantierten ihr eine Mehrheit. So erhielt die SPD 37,9%, das Zentrum 19,7% und die DDP 18,5%. Im Zuge wirtschaftlicher Krisen und der Zerstrittenheit der Demokraten verlor dieses Vernunftbündnis kontinuierlich an Zustimmung, die radikalen Ränder wurden immer mehr gestärkt. Rasch wechselnde Kanzler und Regierungen vermittelten den Eindruck einer politischen Instabilität und Schwäche des parlamentarischen Systems.

Die ehemals linke Abspaltung **USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands**) war in der Kommunistischen Partei Thälmanns aufgegangen. Hochburgen der SPD waren die Arbeiterstädte Norddeutschlands und das Ruhrgebiet sowie Sachsen. Die SPD konnte sich vor allem auf

die sozialdemokratischen und sozialistischen Gewerkschaften stützen. Die **Kommunistische Partei** (**KPD**) gründete sich am 30.12.1918 aus dem Spartakusbund und der USPD heraus unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die KPD wandte sich gegen die bürgerliche Demokratie und den freiheitlichen Rechtsstaat, stattdessen befürwortete sie eine Räterepublik nach sowjetischem Muster. Sie boykottierte die erste Reichstagswahl und trat erst zu der zweiten im Jahre 1920 an. Der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann,[5] rief zum Kampf gegen die SPD auf und warf ihr Verrat an der Arbeiterklasse vor, da sie mit bürgerlichen Parteien regierte. Die KPD zettelte zahllose Aufstände an und befürwortete offen einen bewaffneten Kampf gegen die Republik.

Dass die Arbeiterklasse gespalten war, bedeutete für die demokratisch-republikanischen Kräfte eine Schwächung, allerdings war das Schisma der Arbeiterschaft bereits in der Kaiserzeit angelegt. Der linke Flügel der SPD hatte nur widerwillig einem „Burgfrieden" mit den Hohenzollern und den Führern der Wirtschaft zugestimmt. Insbesondere in der Frage der Kriegskredite waren die Spannungen in der SPD sichtbar geworden.

Die **Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP)** gehörte nicht zur Koalition der Republikaner aus DDP, SPD und Zentrum, sondern tendierte zu einem autoritären Staat. Die Mitglieder der DNVP trauerten der Monarchie nach und begrüßten diktatorische Vollmachten des Reichspräsidenten. Allerdings war der DNVP programmatisch nicht klar, wie sie und mit wem sie die Monarchie wieder herstellen könnte. Konservative Kräfte im Protestantismus unterstützten die Partei, welche für die Rechte der Kirchen wie zum Beispiel für den Religionsunterricht eintrat. Sie zeigte sich republikfeindlich und antisemitisch. Ihr rechter Rand und ab den 1930er Jahren die gesamte DNVP waren bereit, mit völkisch-nationalistischen Gruppen zusammenzuarbeiten, schließlich war die Partei ein Wegbereiter Hitlers und der NSDAP, als die Präsidialkabinette scheiterten.

---

5 Ernst Thälmann (1866-1944), zunächst Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft, dann des Reichstages. Reichspräsidentschaftskandidat der KPD. Thälmann wurde im KZ Buchenwald 1944 ermordet. In der DDR erfuhr er durch die offizielle Staatsdoktrin eine Verehrung als Führer der Arbeiterklasse und Widerstandskämpfer.

Neben der DNVP existierten verschiedene rechts-konservative und völkisch-rechtsextremistische Splittergruppen, aus welchen sich u.a. die NSDAP bildete. Allen diesen Gruppierungen waren ein überzogener Nationalismus, ein Antisemitismus und eine antirepublikanische Gesinnung gemeinsam. Mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise Anfang der 1939er Jahre gewann die NSDAP vor allem Stimmen im sozial deklassierten Kleinbürgertum.

Politische Persönlichkeiten der Weimarer Republik

Viele Namen von Politikern der Weimarer Republik sind in Vergessenheit geraten. Nur ausgewiesene Zeithistoriker können die Kanzler der Weimarer Republik und Minister in den Jahren von 1919 bis 1933 benennen.

Im Gedächtnis sind vor allem die beiden Reichspräsidenten **Friedrich Ebert (1871-1925)** und **Paul von Hindenburg (1847-1934**) geblieben. Ebert war Sozialdemokrat und Arbeiterführer. Hindenburg hingegen Monarchist und Militär, der durch den frühen Tod Eberts als Verlegenheitskandidat 1925 ins Amt kam.[6] Beide Persönlichkeiten waren nicht nur im Hinblick auf ihre Mentalität gegensätzlich, sondern sie trennten politisch Welten. Hindenburg erwies sich nicht als Demokrat und Vernunftsrepublikaner, vielmehr förderte er Ideen, wie die Weimarer Republik in einen autoritären Staat verwandelt werden könnte.

Friedrich Ebert wurde im Jahr 1871 in Heidelberg geboren. Da der Vater Schneidermeister war, wuchs er in bescheidenen Verhältnissen auf. Zunächst absolvierte Ebert eine Sattlerlehre. Auf Wanderschaft als Geselle kam er mit der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie in Kontakt. Ebert wirkte nicht nur als Gewerkschafter, sondern auch als Journalist. In Bremen trat er 1893 in die Redaktion einer sozialdemokratischen Zeitung ein und wurde in die Bürgerschaft gewählt. Im Jahr 1912 schaffte er den Sprung in den Reichstag im Wahlkreis Elberfeld-Barmen (heute Wuppertal) und gewann in der Fraktion der SPD immer stärkeren Einfluss. So

---

6 Hindenburg machte die sogenannte Dolchstoßlegende populär, indem er vor einem Untersuchungsausschuss äußerte: „Ein englischer General sagte mit Recht: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld…. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen." Stenographischer Bericht, 14. Sitzung v. 18.11.1919, 731. Hindenburg konnte aber den Namen des englischen Generals nie benennen. Ihm ging es vor allem darum, jegliche Kriegsschuld von der Obersten Heeresleitung abzuweisen.

wurde er nach dem Tod des Parteivorsitzenden August Bebel Vorsitzender der SPD gemeinsam mit Hugo Haase. Zunächst als Reichskanzler berufen, wurde Ebert am 11. Februar 1919 in Weimar von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt. Der überzeugte Republikaner setzte seine ganze Kraft für die junge Demokratie ein, ohne auf die eigene Gesundheit zu achten und verschleppte eine Blinddarmentzündung, an welcher er 1925 verstarb. Wie andere demokratische Politiker wurde Ebert in seiner Amtszeit von völkisch-rechtsradikalen Kreisen angefeindet.

Der Lebenslauf von Hindenburgs könnte gegensätzlicher nicht sein: In großbürgerlichen Verhältnissen auf einem ostelbischen Gut aufgewachsen, schlug er eine Offizierslaufbahn ein. Zu Beginn des 1. Weltkriegs wurde er reaktiviert und mit der Leitung der 8. Armee betraut. Der Sieg bei Tannenberg über die Zarenarmee ließ von Hindenburg zum „Sieger von Tannenberg" werden. Diesem Mythos verdankt Hindenburg seinen Aufstieg in die Oberste Heeresleitung (OHL) bis hin zu seiner Wahl zum Reichspräsidenten. Hindenburg hatte wenig Vertrauen in die Weimarer Demokratie und initiierte Präsidialkabinette, welche die parlamentarische Demokratie aushebelten. Nachdem er den Zentrumspolitiker Brüning als Reichskanzler fallen ließ, wurde klar, dass diese Präsidialkabinette – ohne parlamentarische Unterstützung und ohne Zustimmung im Volk – scheitern mussten. Die Präsidialkabinette der Reichskanzler Papen und Schleicher sind nur noch als das Vorspiel auf die Machtübernahme Adolf Hitlers und der NSDAP zu sehen. Hindenburg ernannte Hitler am 30. Januar 1933 aus freien Stücken zum Reichskanzler. Damit versetzte er der ersten deutschen Demokratie den Todesstoß.

Matthias Erzberger (1875-1921) ist als Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 in Erinnerung geblieben. Der Volksschullehrer und Journalist war 1903 für das Zentrum in den Reichstag gewählt worden. In der Fraktion konzentrierte er sich auf die Finanzpolitik. Im Kabinett Max von Baden wurde er Staatssekretär 1918 und Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission. Die Zustimmung zu den harten Friedensbedingungen der Alliierten wurde ihm von völkisch-nationalistischen Kreisen angekreidet. In ihren Augen war Erzberger ein Erfüllungsgehilfe der Weltkriegsgegner und fiel im August 1921 einem Mordanschlag zum Opfer, welcher von rechtsextremistischen Offizieren verübt wurde. Erzberger blieb nicht das einziger Opfer dieser Kreise. Im Jahr 1922 kam Wal-

ter Rathenau (DDP), damaliger Außenminister, ebenfalls durch ein rechtsradikales Attentat ums Leben.

Über die Grenzen der demokratischen Parteien hinweg prägte **Gustav Stresemann (1878-1929)** die „Blütezeit der Weimarer Republik". In seiner Zeit als Außenminister von 1913 bis 1929 versuchte er durch eine geduldige und geschickte Diplomatie, seine Ziele zu erreichen: das Ansehen des Deutschen Reiches und seine Bedeutung in Frieden wieder herzustellen und somit die politischen Spielräume zu erweitern. Während die völkischen und vaterländischen Kräfte eine Politik propagierten, das „Schanddiktat von Versailles" mit Gewalt oder zumindest mit Gewaltandrohung abzuschütteln, setzte Stresemann auf Ausgleich und das Schaffen von gegenseitigem Vertrauen. In Frankreich stand Stresemann mit Aristide Briand ein Politiker gegenüber, der die Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich überwinden wollte. So gelang beiden Außenministern eine langsam wachsende Entspannung, welche ihren Ausdruck im Vertrag von Locarno im Jahr 1925 fand. Die Anerkennung der Grenzen zwischen den beiden Staaten sollte die Gefahr eines erneuten Krieges bannen. Das Deutsche Reich verzichtete auf Elsaß-Lothringen und verpflichtet sich, kein Militär und Stützpunkte links des Rheins zu stationieren. Damit war der Weg bzw. die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im Jahr 1926 geebnet. Stresemann gelang es darüber hinaus, die deutschen Reparationen zu mildern. Sein plötzlicher Tod im Jahr 1929 beendete jedoch diese Entspannungspolitik.

Während sich Stresemann in der Außenpolitik Verdienste erwarb, war es in der Sozialpolitik der Zentrumspolitiker **Heinrich Brauns (1868-1939)**, der eine der längsten Amtszeiten als Fachminister in der Weimarer Republik absolvierte. Der gebürtige Kölner wurde 1890 zum Priester geweiht. Neben Katholischer Theologie studierte Brauns Volkswirtschaft und Staatswissenschaften. Als Mitglied der Zentrumsfraktion zunächst in der Nationalversammlung und später im Reichstag galt er als Förderer der Christlichen Gewerkschaften. Reichskanzler Fehrenbach ernannte Brauns im Jahr 1920 zum Reichsarbeitsminister. In seiner Amtszeit von 1920 bis 1928 wollte Brauns die sozialstaatliche Komponente der Reichsverfassung zum Tragen bringen. Dies geschah durch die Stärkung der Betriebsräte, der Mitbestimmung und durch eine Arbeitsgerichtsbarkeit. Brauns unterstützte soziale Reformen u.a. für Kriegsopfer und er baute das Fürsorgerecht aus.

Als überzeugter christlich-sozialer Politiker wollte Heinrich Brauns die Klassengegensätze der Weimarer Republik überwinden.

Heinrich Brüning (1885-1970) war der letzte Kanzler, der noch auf einer demokratischen Basis regierte, zumal er sich Mehrheiten für seine Notverordnungen im Reichstag suchte.

Heinrich Brüning wuchs in Münster auf und absolvierte ein langes Studium, welches ihn nach München, Straßburg, London und Bonn führen sollte. Neben der Erlangung einer Befähigung zum höheren Lehramt studierte Brüning Nationalökonomie, welches Studium er mit einer Dissertation abschloss. Er meldete sich 1915 freiwillig zur Infanterie, obwohl er eine schwache körperliche Konstitution hatte. Mehrfach wegen seiner Tapferkeit ausgezeichnet, erreichte er die Funktion eines Kompanieführers. Die Kriegserlebnisse bewogen ihn vermutlich dazu, zunächst keine akademische Laufbahn einzuschlagen, sondern sich in der Politik zu engagieren. Im Jahr 1919 wurde er Mitarbeiter Carl Sonnenscheins, eines katholischen Sozialpolitikers. Darauf wurde er Referent Adam Stegerwalds, der zu dieser Zeit preußischer Wohlfahrtsminister war. Aufgrund seiner Wirtschaftskompetenz wurde er zum finanzpolitischen Sprecher der Reichstagsfraktion des Zentrums berufen. Im Jahr 1924 war er in den Reichstag gewählt worden. Nach dem Scheitern des Kabinetts Müller (SPD) wurde Brüning Reichskanzler, da dem Reichspräsidenten nach Art. 53 der Verfassung ein Vorschlagsrecht zustand. Hindenburg erhoffte sich von Brüning neben der Verdrängung der SPD aus der Regierungsverantwortung eine Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Tatsächlich gelang es Brüning, eine große bürgerliche Regierung zustande zu bringen und Teile der verfassungsfeindlichen DNVP neben Liberalen und Zentrum in das Kabinett einzubinden. Damit begann die Phase der Präsidialkabinette, welche zwar noch verfassungskonform, jedoch nicht mehr demokratisch-parlamentarisch legitimiert waren. Die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sollten sich aber für Brüning als übermächtig erweisen. Neben einem defizitären Haushalt drückte die Weltwirtschaftskrise auf die Konjunktur. Eine extrem hohe Arbeitslosigkeit von 6 Mio. im Reich belastete die politische Stimmung und sollte bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 zu einem Rekordergebnis für die NSDAP führen.

Letztendlich griffen alle Notstandsmaßnahmen nicht, wie die enormen Einsparungen bei den Renten für Kriegsversehrte und den Beamtengehältern sowie bei der Arbeitslosenunterstützung. Obwohl Brüning sich für die

Wiederwahl Hindenburgs einsetzte, entzog ihm der Reichspräsident sein Vertrauen, indem er Ende Mai 1932 erklärte, dass er keine Notverordnungen mehr unterzeichnen werde. Brüning trat darauf zurück.

Mit dem Ermächtigungsgesetz tauchte Brüning unter und emigrierte später in die USA, wo er an der Harvard University lehrte. Sein Wirken in seiner kurzen Ära als Reichskanzler ist umstritten. Für die einen gilt er als „Hungerkanzler", der mit rigiden Sparmaßnahmen die Konjunktur weiter nach unten drückte. Für die anderen ist Brüning „das letzte Bollwerk der Demokratie" gewesen, der fast den Wegfall der Reparationen erreichte, aber „auf den letzte Metern scheiterte". Von seinen Verhandlungen profitierten am Ende seine Nachfolger Papen und Hitler. Insofern zeichnet sich die Kanzlerschaft Heinrich Brünings durch eine gewisse Tragik aus.

Gewerkschaften von 1919 bis 1933

Die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder befürwortete im Jahr der Revolution 1918 eine parlamentarische Demokratie. Sie unterstützte den Kurs der Mehrheits-SPD (MSPD) unter Ebert und Scheidemann und lehnte eine Räterepublik, wie sie die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und später die KPD forderten, ab. Bereits in den Kriegsjahren hatten die Gewerkschaften ihren politischen Einfluss ausbauen können. Mit der Revolution 1918 erhielten Gewerkschafter wie Friedrich Ebert erstmals Zugang zur politischen Macht und bestimmten die Zukunft des Reiches maßgeblich mit. So sind die Arbeiter und ihre Gewerkschaften Nutznießer der gesellschaftlichen Umbrüche gewesen, denn die Republik stärkte ihre rechtliche und soziale Stellung im Reich.

Nicht nur die Parteien, sondern auch die Gewerkschaften waren zersplittert. Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik waren in Richtungsgewerkschaften aufgeteilt. Sozialistische und sozialdemokratische Arbeiter organisierten sich im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und in der Arbeiterwohlfahrt, die eng mit der SPD verbunden waren. Konkurrenten im linken Lager waren die kommunistischen Gewerkschaften, die sich gegen die SPD und ihre Gewerkschaften wandten.

Alle Gewerkschaften profitierten von einem starken Mitglieder-Zuwachs nach der Revolution und der Gründung der Weimarer Republik. Im Jahr 1920 gehörten 12,5 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte einer ge-

werkschaftlichen oder ähnlichen Organisation an.[7] Mit Abstand war der größte Verband der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), gegründet 1919 in Nürnberg, welcher der SPD nahestand. Dem ADGD gehörten 1920 rd. 8 Mio. Mitglieder an. Ihr Vorsitzender, Carl Legien (1861-1920), war für die SPD Mitglied des Reichstags.

Katholische Arbeiter mit einer engen Bindung zur Kirche engagierten sich in katholischen Vereinen und in den Christlichen Gewerkschaften. Die Christlichen Gewerkschaften, organisiert im damaligen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), lehnten einen Klassenkampf ab und bejahten das Privateigentum. Der Vorsitzende Adam Stegerwald, Zentrumspolitiker, konnte sich im Jahr 1920 auf eine Mio. Mitglieder stützen.[8] Stegerwald (1874-1945) war Reichs- und Staatsminister im Präsidialkabinett von Heinrich Brüning. Im Jahr 1928 kandidierte Adam Stegerwald vergeblich für den Vorsitz der Zentrumspartei.[9] Die Christlichen Gewerkschaften waren von den Kirchen unabhängig und interkonfessionell ausgerichtet. Allerdings gelang es nicht in einem nennenswerten Maße, evangelische Arbeiter zu gewinnen. Ausgehend von der katholischen Soziallehre lehnten die Christlichen Gewerkschaften einen Klassenkampf ab und erstrebten eine Gleichstellung der Arbeiter in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Die christlichen Gewerkschaften sahen sich als Brücke zwischen Kapitalismus und Sozialismus und befürworteten einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Verschiedene Zentrumspolitiker waren Mitglieder und Funktionäre der Christlichen Gewerkschaften und brachten deren Programmatik in die Politik und in die Arbeits- und Sozialgesetze ein.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, benannt nach ihren Gründern, entstammten der liberalen Tradition. Die kleinste unter den Richtungsgewerkschaften stand der DDP nahe und trat für einen Interessensausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern ein. Diese liberalen Gewerkschaften schlossen sich erst mit den christlichen Gewerkschaften zusammen, um dann wiederum einen unabhängigen Gewerkschaftsring ins Leben zu rufen. Dieser kleinsten gewerkschaftlichen Organisation gehörten

---

7 Vgl. https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/weimarer-republik-konflikte-in-der-arbeiterbewegung.html.

8 Vgl. http://www.kas.de/wf/de/71.9150/.

9 http://www.kas.de/wf/de/37.8346/.

1920 225.000 Mitglieder an. Im Jahr 1931 waren es nur noch 149.000 Mitglieder, die sich aus Arbeitern, Angestellten und Beamten zusammensetzten.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurden die freien Gewerkschaften aufgelöst und in die Arbeitsfront überführt.

Die Kirchen in der Weimarer Republik

Beide Kirchen begegneten der neuen Staatsform mit Skepsis. Für die evangelischen Landeskirchen endete 1919 ein jahrhundertealtes Bündnis zwischen Thron und Altar[10]. Die katholische Kirche war sowohl durch den einstigen Kulturkampf, als auch durch die Absage der Päpste an einen freiheitlichen Staat und an eine liberale Gesellschaft geprägt.

Die Republik von Weimar scheiterte mit daran, dass die evangelische Kirche, ihre Repräsentanten und viele ihrer Mitglieder Distanz zum demokratischen Staat wahrten.[11] Viele protestantische Christen waren kaisertreu geblieben und traditionell geprägt; sie blieben misstrauisch gegenüber den neuen Freiheiten. Die evangelischen Landeskirchen waren stark durch den Nationalismus beeinflusst. Viele der Pastoren hingen einem Nationalprotestantismus an. Zum Ausbruch des 1. Weltkriegs hatten viele evangelische Geistliche bedingungslos den Krieg gutgeheißen. Es bestand in der evangelischen Kirche die irrige Hoffnung, dass es durch einen Krieg zu einer religiösen und nationalen Wiedergeburt käme. Vaterländische Kriegsgottesdienste im Jahr 1914 wandten sich gegen alle Kritiker des Kaisers und betonten die Notwendigkeit des Krieges. Der 1. Weltkrieg und die vielen Opfer wurden von der Mehrheit der evangelischen Theologen im Sinne der nationalen Sache gerechtfertigt. So erfolgte nach 1914 eine Vermischung von profaner Geschichte und Heilsgeschehen sowie eine Moralisierung und Ideologisierung des Christentums. Nur wenige Stimmen wandten sich gegen diese Theologie, wie bspw. Otto Baumgarten (1858-1934). Baumgarten war praktischer Theologe an der Kieler Theologischen Fakultät und Mitglied

---

10 Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung: „Es besteht keine Staatskirche."

11 Wallmann, Kirchengeschichte, 270: „[...] war das Kirchenregiment des Landesherrn breiten Schichten des deutschen Protestantismus zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die als göttliche Ordnung empfunden wurde."

der linksliberalen DDP. Er war ein Mahner für den Frieden und wandte sich bereits 1926 gegen den Nationalsozialismus: „Richtig gedeutet sind die Symbole Kreuz und Hakenkreuz einander ausschließende Gegensätze."[12]

Viele evangelische Geistliche –anders als Baumgarten- unterstützten die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) für deren konservativen Kurs, da sie weiterhin politische Sympathie für die Monarchie empfanden. So gehörte der Bischof der Württembergischen Landeskirche, Theophil Wurm (1868-1953), der DNVP an und vertrat die Partei im dortigen Landtag.

Der Katholischen Kirche gelang es durch eine geschickte Politik nach 1919, ihren Status zu sichern. So schloss sie eine Reihe von Länderkonkordaten wie mit Bayern 1924, Preußen 1929 und Baden 1932. Durch die Zentrumspartei konnte sie vor allem in der Sozialpolitik politische Forderungen entsprechend der katholischen Soziallehre einbringen. Der Episkopat war stark an Rom orientiert und ultramontan.

Wie die Katholische Kirche schlossen die Evangelischen Landeskirchen Staatsverträge mit verschiedenen Ländern wie Bayern 1924, Preußen 1931 und Baden 1932 ab, um ihre Interessen zu wahren. Die Landeskirchen suchten wie in den Jahrhunderten zuvor eine enge Allianz mit dem Staat.

Die Weimarer Reichsverfassung sicherte den Kirchen ihre Organisationsfreiheit als Körperschaften des öffentlichen Rechts zu. Das Recht auf Einzug der Kirchensteuer (Art. 137) schuf eine finanzielle Grundlage für beide Kirchen. Ebenfalls wurde der Schutz des Sonntages und staatlich anerkannter Feiertage festgeschrieben (Art. 139). Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen im deutschen Reich blieben erhalten (Art. 149). Der konfessionelle Religionsunterricht konnte sich behaupten.

In der Weimarer Republik verstärkte sich in der Bevölkerung eine Entfremdung von den Kirchen. Unter Teilen der Arbeiterschaft wuchs die Distanz gerade zu der evangelischen Kirche, die auf die soziale Situation nur unzureichende Antworten zu geben vermochte. Die Säkularisierung erfasste immer mehr gesellschaftliche Gruppen, insbesondere in den Großstädten gingen die Gottesdienstbesuche, Eheschließungen und Taufen zurück.

Das Verhältnis der beiden Kirchen untereinander blieb unterkühlt. Ökumenische Kontakte bspw. unter den deutschen Bischöfen beider Kirchen blieben selten. Die Deutsche evangelische Kirche bzw. die Amtskirche

12 Zitiert nach Graf, Zeitgeist, 36.

hielt sich mit weltweiten ökumenischen Kontakten zurück, da sie einen Dialog mit den ehemaligen Kriegsgegnern des Ersten Weltkrieges ablehnte. Die vielfältigen inneren Probleme und seine landeskirchliche Zerrissenheit hinderten den deutschen Protestantismus ebenfalls daran, in der Ökumenischen Bewegung aktiv mitzuarbeiten.[13]

Die Jüdischen Gemeinden

Obwohl im 1. Weltkrieg über 12.000 deutsche Juden fielen, blieben sie gesellschaftlich diskriminiert. Mit großen Hoffnungen hatten sie im Reich die Republik begrüßt und tatsächlich gelang es Juden mit akademischer Bildung, gesellschaftliche Anerkennung zu erreichen. Nationalistische und völkische Kreise machten jedoch „die Juden" für die Niederlage im 1. Weltkrieg und für kommunistische Aufstände verantwortlich. Der Mord an Walter Rathenau im Jahr 1922, der der jüdischen Gemeinde angehörte, wurde von rechtsextremen Kräften begrüßt, weil dieser ein „Erfüllungspolitiker" der Alliierten gewesen sei.

In der völkischen Propaganda spielte eine antisemitische Hetze eine wichtige Rolle. Es wurde behauptet, dass „Juden" eine einflussreiche Rolle in Staat, Politik und Gesellschaft spielen würden. Tatsächlich bekannten sich in den 1920er Jahren nur 0,9% der Bevölkerung zum Judentum. Insbesondere wurde unterstellt, Juden wanderten vermehrt ins Reich ein. Die Fakten sahen jedoch ganz anders aus: So bestand bspw. die jüdische Gemeinde Heidelbergs im Jahr 1925 aus 1. 354 Person, was 1,8% der Gesamtbevölkerung der Universitätsstadt entsprach.[14] Die Münchener Jüdische Gemeinde zählte 1910 nur 11.083 Mitglieder. In Bayern insgesamt betrug die Zahl der Juden im Jahr 1933 35.452 Personen. Der Anteil war stark rückläufig, zumal die bayerischen Gemeinden noch im Jahr 1910 46.097 Mitglieder verzeichneten.[15] Viele Juden waren bereits nach Palästina ausgewandert oder zum Christentum konvertiert. Eine Ausnahme bildete Berlin mit einer wachsenden jüdischen Minderheit, da Juden aus Mittel- und Ost-

13 Vgl. Wallmann, Kirchengeschichte, 274.

14 Vgl. http://www.tphys.uni-heidelberg.de/Ausstellung/show.cgi?de.

15 https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Judentum_(Weimarer_Republik).

europa einwanderten. Diese flüchteten ins scheinbar sichere Deutsche Reich.

Das Judentum in der Weimarer Republik zeichnete sich durch eine religiöse und kulturelle Vielfalt aus. Neben einem orthodoxen war ein liberales Judentum wie in Frankfurt am Main (Freies Jüdisches Lehrhaus[16]) oder Leipzig entstanden.

Die Republik von Weimar: Bleibende Aktualität?

Demokratie und Rechtsstaat sind in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahrzehnten gefestigt. Anders als in der Weimarer Republik gibt es in der deutschen Gesellschaft eine breite Zustimmung zur Demokratie und den Werten des Grundgesetzes. Die Bundesdeutschen Gerichte sind anders als in der Zeit der Weimarer Republik „nicht auf dem rechten Auge blind". Dies belegt u.a. der laufende Prozess in München gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU).

Ein Bundesverfassungsgericht wacht über das Grundgesetz. Ein vergleichbares Gericht kannte die Weimarer Republik nicht.

Die Gewerkschaften sind längst nicht so zersplittert wie in der Weimarer Republik. Die Kirchen bekennen sich heute vorbehaltlos zu diesem Staat und zur Demokratie. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung sehnt sich weder nach einer „neuen DDR" noch nach einem diktatorischen Führerstaat.

Allerdings ist in den letzten Jahren eine Zersplitterung der Parteienlandschaft zu beobachten. Die Linke, früher PDS, hat sich dauerhaft etabliert und stellt in Thüringen sogar einen Ministerpräsidenten. Teile der Linken „fremdeln" weiterhin mit dem Grundgesetz. Eine Kommunistische Plattform in der Linken reflektiert weiterhin über eine reformierte, bessere DDR.

---

16 Das Freie Jüdische Lehrhaus in Frankfurt am Main, begründet von Franz Rosenzweig, ging auf die Jüdische Volkshochschule zurück. In den Jahren von 1920 bis 1938 wurden im Jüdischen Lehrhaus Bildungsangebote zu jüdischer Kultur unterbreitet und die hebräische Sprache vermittelt. Es wurde 1938 von den Nationalsozialisten geschlossen.

Noch relativ neu im Parteienspektrum ist die Alternative für Deutschland (AfD), die nationale und rechtspopulistische Töne anschlägt. Nicht nur in Deutschland hat Rechtspopulismus Konjunktur, sondern ebenfalls in Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich. Diese neuen rechtspopulistischen Parteien sprechen eine andere Sprache als die Mitbewerber der politischen Mitte. Sie wenden sich gegen ein vereintes Europa, gegen den Islam und gegen Zuwanderung und sind bei ihrer Sprachwahl nicht zimperlich. Die AfD will für Deutschland „kämpfen", wie auf Wahlplakaten zur Bundestagswahl stand. Die AfD-Opposition im Bundestag will Politiker anderer Parteien „jagen". Das politische Klima in Deutschland wird zunehmend rauer.

Die AfD macht sich wie ihre europäischen Schwesterparteien eine gegenüber Europa skeptische Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung zunutze und polemisiert gegen eine Zuwanderungspolitik, welche das Asylrecht, Menschenrechte und die Genfer Konvention ernst nimmt. Geschickt greifen die AfD und ihre Vertreter eine Verunsicherung in sozial schwächeren Bevölkerungsschichten auf und punkten vor allem im Osten der Republik. Politiker der AfD trauen sich, völkisch und überzogen national zu argumentieren. Die politischen Grenzen zu der Pegida-Bewegung und der NPD erscheinen fließend.

Antisemitismus, der seit Jahrzehnten latent nicht nur in Deutschland vorhanden ist, meldet sich öffentlich zu Wort, wie eine Studie des Deutschen Bundestages jüngst offenlegte. Dies erinnert an antisemitische Hetze in der Weimarer Republik.

Die Bildung von Schichten übergreifenden Volksparteien war ein Fortschritt in der Parteienlandschaft der alten Bundesrepublik gewesen. Diese Volksparteien sind nun stark unter Druck geraten. CDU und SPD verlieren an Wählerstimmen. Ihre aktuellen Mitgliedszahlen liegen weit von denen aus den 1970er oder – 80er Jahren entfernt. Die SPD kann weite Wählerschichten nicht mehr erreichen, und sie gibt Stimmen nicht nur an Grüne und Linke ab, sondern in zunehmendem Maße in Arbeiterstädten wie Mannheim an die AfD. Im Osten sinken die Sozialdemokraten wie in Sachsen unter 10%. Liberale sind in der Regel in den Parlamenten der sogenannten neuen Länder nicht vertreten. Dies muss beunruhigen und erinnert schon an die Zersplitterung der Parteienlandschaft in der Weimarer Republik.

Demokratische Parteien, so der Grundkonsens über Jahrzehnte, müssen untereinander koalitionsfähig sein. Dies hat sich leider bei den Verhandlun-

gen im Herbst 2017 über eine sogenannte „Jamaika-Koalition“ aus CDU/CSU, FDP und Grünen nicht bewahrheitet. So zeigte sich ein Mangel an Kompromissbereitschaft, was an vergebliche Koalitionsverhandlungen in der Weimarer Republik erinnert.

„**Ein garstig Lied! Pfui! Ein politisch Lied!**“[17] Mit Verachtung blickten viele Bürger in der Weimarer Republik auf Politiker und Parteien. Der Reichstag wurde einst als „Quasselbude“ (nicht nur von den Nazis) verspottet und Politiker wie Friedrich Ebert persönlich verunglimpft. In unseren Tagen werden Politiker aller demokratischen Parteien gerne ausgelacht, verspottet und diskreditiert, was deren Engagement angeht. Ihnen wird häufig unterstellt, nur eigenen Interessen nachzugehen. Dies ist billige Polemik und eine Karikatur der Aufgaben, welche ein politisches Mandat mit sich bringt. Mit Politik möchten sich viele nicht beschäftigen, händeringend werden Bürgerinnen und Bürger für kommunale Mandate gesucht.

Keine Frage: Ohne engagierte Bürger, ohne überzeugte Demokratinnen und Demokraten, ist kein Staat zu machen. Die Weimarer Republik lehrt, dass eine Demokratie auf gelebten Werten wie Mitbestimmung, Meinungsfreiheit und Toleranz basiert und nicht zuletzt auf der Kompromissfähigkeit aller Demokraten.

Anhang: Phasen der Weimarer Republik 1918/ 19 – 1933

1. **1918-1923/ 24** Revolution, Konstituierung, Weimarer Koalition
2. **1924-1930** „Die Goldenen 1920er Jahre“, Scheinblüte und Erstarken der Radikalen
3. **1930-1933** Zerfall der parlamentarischen Demokratie und Zerstörung der Demokratie
4. **1933/ 34** Machtergreifung, Weg in die Diktatur und Führerstaat

17 Goethe, Faust I, 2092.

Literatur

Monographien und Sammelwerke

Büttner, Ursula: Die überforderte Republik, Stuttgart, 1. Auflage 2008
Goethe, Johann Wolfgang von: Faust. Der Tragödie erster Teil, Durchges. Ausgabe, Stuttgart 2000
Graf, Friedrich Wilhelm: Der heilige Zeitgeist, Tübingen 2011
Grevelhörster, Ludger: Kleine Geschichte der Weimarer Republik 1918-1933, Ein problemgeschichtlicher Überblick, Münster, 3. Auflage 2003
Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3, München 12. Auflage 1979
Jasper, Gotthard: Die Weimarer Republik, Bd. I: Der „Parteienstaat", Konstituierung des Weimarer Parteiensystems, hg. durch die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2003
Kühl, Reinhard: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln, 3. Auflage 1978
Mai, Gunther: Die Weimarer Republik, München 2009
Petzina, Dietmar u.a. (Hg.): Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III 1914-1945, München 1978
Steck, Wolfgang: Otto Baumgarten. Studien zu Leben und Werk, Neumünster 1986
Sternberg, von Wilhelm (Hg.): Die Deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Merkel, Berlin, 2. Auflage 2007
Thoß, Hendrik: Demokratie ohne Demokraten? Die Innenpolitik der Weimarer Republik, Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, hg. durch Manfred Görtemaker, Bd. 6, Berlin-Brandenburg 2008
Wallmann, Johannes: Kirchengeschichte Deutschlands seit der Reformation, Berlin, 2. Auflage 1985

Aufsätze/ Zeitungsartikel/ Berichte

Bollmann, Ralph: 1918, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 52, 31.12.2017, S. 22

Böß, Gustav: Die Not in Berlin. Tatsachen und Zahlen, zusammengestellt vom Oberbürgermeister Böß, Berlin 1923
Deutsche Nationalversammlung, 15. Ausschuss, Stenographischer Bericht über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses, 14. Sitzung, 18.11.1919
Matthis, Karsten: Kriegs-Predigten? (in) „Predigen in stürmischer Zeit", Begleittagung zum 16. Predigtpreis 2015, Bonn 2015
Zastrow, Volker Stresemann als Nachbar, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.12.2017, Nr. 51, S.3

Internet

www.gewerkschaftsgeschichte.de; hg. durch die Hans-Böckler-Stiftung (Düsseldorf),
Texte Prof. Dr. Michael Schneider, Kalenborn, Zugriffsdatum: 04.01.2018
www.historisches-lexikon-bayerns.de; Artikel Kießling, Rolf: Weimarer Republik, Historisches Lexikon Bayerns, hg. durch die Bayerische Staatsbibliothek, München, Stand 27.11.2017
http://www.kas.de/de/thema/64/geschichte-der-cdu.html; Artikel „Christliche Gewerkschaften" und „Adam Stegerwald", Geschichte der CDU, hg. durch das Archiv Christlich Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), St. Augustin, Zugriffsdatum: 04.01.2018
http://www.tphys.uni-heidelberg.de/Ausstellung/show.cgi?de; Universität Heidelberg, Ausstellung „Juden an der Universität Heidelberg", Heidelberg 2002, Zugriffsdatum: 04.01.2018
www.weimarer-republik.net; 100 Jahre Weimarer Republik. Deutschlands erste Demokratie. hrsg. Weimarer Republik e.V. (Weimar), Stand März 201

Der Autor:

Karsten Matthis, geboren 1959, Studium der Evangelischen Theologie in Kiel, Wuppertal und Göttingen, Studienaufenthalt in Bossey (Schweiz) am Ökumenischen Institut der Kirchen, Diplom Theologe, Bundestagsreferent, Leiter Abteilung Innenpolitik Konrad-Adenauer-Haus und Geschäftsführer der CDU Senioren Union (Bonn), Leiter Lektorat Verlag für die deutsche Wirtschaft AG, seit 01.07.2007 Geschäftsführer der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. in Königswinter.

Mitglied der Jury des ökumenischen Predigtpreises seit 2000, ehrenamtliche Ordination und Gottesdienstvertretungen in der Evangelischen Landeskirche im Rheinland.

Notizen

Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Tel.: 02223 / 73 119
www.azk.de